



Tanzen und Integrieren

Was linke Klubs aus Problemen mit Geflüchteten gelernt haben. Seite 2

Foto: fotolia/Artur Marciniak

Recyceln und Konstruieren

Stühle aus Tetrapaks: Die Methode des Gubener Syrers Bashar Idilbi. Seite 11

Schrauben und Fliegen

Drohnenrennen erobern die Herzen der Fans. Seite 19

Foto: Tom Mustroph



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 2. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 256

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Angst vor der roten Gefahr

Simon Poelchau meint, dass China nicht das Problem ist

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte mit Gao Hucheng offenbar viel zu besprechen – so viel, dass sie einen Auftritt versäumten. Doch so harmonisch wie verlaublich dürfte das Gespräch mit Chinas Handelsminister nicht gewesen sein. Denn Gabriel treibt schon lange die Angst vor der roten Gefahr aus China um.

Das bevölkerungsreichste Land der Welt ist nicht mehr nur die Werkbank der Welt, sondern macht sich bereit, auch im Hochtechnologiebereich die Führung zu übernehmen. Dafür schickt es seine Jugend nicht nur auf Eliteuniversitäten, sondern nutzt seine riesigen Devisenreserven, um Technologie einzukaufen. Gerade für Deutschland macht dies China zu einem neuen Konkurrenten. Denn die heimische Wirtschaft ist zum einen stark exportgetrieben; zum anderen sind es jene Waren wie Edel-Pkw und Maschinen, die viel Know-how brauchen und die Deutschland in alle Welt verkauft. Gabriel will dieses Know-how China nicht einfach so überlassen, da die hiesigen Firmen ansonsten ihren Wettbewerbsvorteil verlieren.

Doch dieser Protektionismus nutzt langfristig nichts, wenn man nicht selber investiert. Und dies ist langfristig das große Problem: Deutsche Unternehmen geben trotz der derzeit guten Lage relativ wenig Geld für die Zukunft aus, denn die Weltwirtschaft prosperiert wegen allerlei Krisen nicht mehr so wie einst. Die Gefahr kommt also weniger aus China, sondern ist eine Folge der polit-ökonomischen Bedingungen.

UNTEN LINKS

Vor einigen Jahren konnte noch keiner im Westen diesen Mann: Petro Poroschenko. Da war der heutige Präsident der Ukraine noch schwer mit seinem Auskommen beschäftigt. Inzwischen hat er sich in die Herzen der EU gespart. Auf 867 Millionen Euro bringt er es mittlerweile. Wenn Petro Poroschenko mit Angela Merkel am Tisch sitzt und sie mit hungrigen Augen ansieht, damit sie ihm ihren Nachtisch rüberschiebt, dann zeigt sich eine echte Win-win-Situation. Poroschenko kann den eigenen Pudding einpacken, und Merkel kann nicht kleckern. Eine Pobeda-Pobeda-Situation, wie Poroschenko vielleicht sagen würde, wenn er seine vertrauensvollen Gespräche nicht vorzugsweise im Kanzleramt, sondern im Kreml führen würde. Aber dort pfeift man auf westliche Werte, Essen ohne zu kleckern, etwa. Drei ukrainische Oligarchen nur, so heißt es, stünden noch vor Poroschenko, was den Reichtum angeht. Oligarchen! Das zeigt, wie dünn die Decke der ukrainischen Demokratie noch ist. uka

Was erlauben Hamburg?

Zu spät, zu teuer, aber immerhin endlich fertig: das Großprojekt Elbphilharmonie



Foto: dpa/Christian Charisius

Berlin. »Was erlauben Strunz?« echauffierte sich 1998 der Bayern-München-Trainer Giovanni Trapattoni auf einer legendär gewordenen Pressekonferenz über einen seiner Spieler. »Was erlauben Hamburg?«, dürften sich jetzt die für unendliche Berliner Großprojekte Verantwortlichen fragen. Denn die Hansestadt hat der Hauptstadt vorgemacht, wie man ein ambitioniertes – man könnte auch sagen: leicht großwahnsinniges – Prestigeobjekt fertigstellt. Mit nur reichlich sechs Jahren Verspätung und nur zehnfach höheren Kosten als ursprünglich geplant. Der Baukonzern Hochtief übergab nun die Schlüssel für die Elbphilhar-

monie, ein supermodernes Konzerthaus in der Hafencity, an die Stadtobere.

2007 war Baubeginn, 2010 sollte das Haus eröffnet werden. Die ersten Konzerte finden nun im Januar 2017 statt; das Ganze kostete nicht 77 Millionen, wie eigentlich geplant, sondern am Ende 789 Millionen – bislang. Dennoch sind alle zufrieden und loben sich selbst. Der Großflughafen Berlin dagegen sieht weiter einer ungewissen Zukunft entgegen. 2006 erfolgte der erste Spatenstich, im Oktober 2011 sollte der Flugbetrieb beginnen, aber dann folgten Pannen, Pleiten und Terminverschiebungen in Serie. Inzwischen ist von

Herbst 2017 die Rede; man darf skeptisch bleiben. Die Kosten haben sich auf etwa sechs Milliarden Euro versechsfacht. »Der Hauptfehler ist aus meiner Sicht gewesen, dass am Anfang die Planungstiefe nicht da war«, bekannte jetzt beinahe philosophisch Hamburgs Ex-Bürgermeister Ole von Beust. Das könnten wohl auch die BER-Planer unterschreiben.

»Ich habe fertig«, teilte Trainer Trapattoni am Ende seiner Wutrede den Journalisten mit. An der Elbphilharmonie hängt in riesiger Leuchtschrift das Wort »FERTIG«. Wann der Hauptstadtflyer fertig haben wird, wagt niemand exakt zu sagen. wh Seite 20

Gabriel streitet mit Peking

Chinesische Vizehandelsministerin Gao Yan wirft Berlin »investitionsfeindliche Stimmung« vor

2015 machte das Handelsvolumen zwischen Deutschland und China 163 Milliarden Euro aus. Damit ist das Reich der Mitte der viertwichtigste Handelspartner.

Von Simon Poelchau

Montagnachmittag verkündete Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen mit dem Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, noch in Berlin eine Einigung im Streit um die Übernahme von Kaiser's Tengelmann. Am Dienstag weilte der SPD-Chef und Vizekanzler schon in Peking. Diesmal ging es jedoch um Übernahmen, gegen die Gabriel etwas hat. Denn chinesische Konzerne kaufen derzeit kräftig deutsche Unternehmen auf.

Die Spannungen zwischen Gabriel und Pekings Handelsminister Gao Hucheng waren offenbar so groß, dass beide Minister nicht zum Treffen des deutsch-chinesischen Wirtschaftsaus-

schusses kamen. Huchengs Stellvertreterin Gao Yan sprach dort von einer »investitionsfeindlichen Stimmung« in Deutschland.

China war 2015 der größte ausländische Investor hierzulande. Bereits die Übernahme des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch den chinesischen Midea-Konzern hatte Gabriel auf den Plan gerufen. Der Vizekanzler hatte zunächst nach einem Alternativkäufer gesucht, sich letztlich aber dem Verkauf nach China nicht in den Weg gestellt. Gabriel forderte in diesem Rahmen eine Debatte über »unfairen Wettbewerb«. Aktueller Streitpunkt ist, dass Gabriel die Übernahme der Elektronikfirma Aixtron durch den chinesischen Investor Fujian Grand Chip untersagt hat. Auch prüft sein Ressort einen Verkauf der Osram-Lampensparte Ledvance an chinesische Anleger.

Dabei birgt nicht allein der Kauf von hiesigen Hochindustriefirmen Konfliktpotenzial. Auch die

derzeitige Krise in der Stahlindustrie sorgt schon seit längerem für Aufregung. Zuweilen gehen deswegen hierzulande Beschäftigte mit dem Segen der Konzernleitung gegen die Konkurrenz aus China auf die Straße.

So demonstrierten im April 15 000 Arbeiter mit Hilfe von ThyssenKrupp in Duisburg für »faire« Wettbewerbsbedingungen und gegen »Dumpingstahl« aus Fernost. China indes verteidigt sich gegen den Vorwurf, billigen Stahl in alle Welt zu exportieren, mit dem Argument, dass 90 Prozent des produzierten Stahls in China selbst Verwendung findet.

Eine Eskalation des Streits dürfte jedoch nicht in Gabriels Interesse sein. Mit einem Volumen von 163 Milliarden Euro war China vergangenes Jahr nach den USA, Frankreich und den Niederlanden Deutschlands wichtigster Handelspartner. Die hiesige Wirtschaft verschifft Waren im

Wert von über 71 Milliarden Euro in das Land.

So verneinte der SPD-Chef nach dem Gespräch mit Hucheng, dass China ihm die »kalte Schulter« gezeigt habe. »Wir sind ein Land, in dem chinesische Unternehmen investieren können, aber wir wollen umgekehrt auch ein gleiches Spielfeld in China«, forderte Gabriel seinerseits eine Öffnung des chinesischen Marktes für deutsche Investoren.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Weniger Miete: Baulärm auf Nachbargrundstück

Wie sich noch 2016 Steuern sparen lassen

Teure Umbuchungen von Reisen reichten

Grausamer Tod bewegt Marokko

Tausende demonstrierten gegen Behördenwillkür

Rabat. Nach dem qualvollen Tod eines Fischverkäufers in Marokko hat die Justiz elf Menschen einem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ihnen werde fahrlässige Tötung und Urkundenfälschung vorgeworfen, teilte der Generalstaatsanwalt von Al-Hoceima am Dienstag mit. Unter den Verdächtigen seien mehrere Mitarbeiter der Verwaltung und der Fischereibehörde. Der 31 Jahre alte Fischhändler war am vergangenen Freitag in der Presse eines Müllwagens zerquetscht worden. Er war in den Wagen gesprungen, weil die Behörden seinen Fisch konfisziert hatten und vernichten wollten.

Aus Protest gegen den Tod des Mannes und gegen Behördenwillkür waren in den vergangenen Tagen Tausende Menschen in mehreren Städten Marokkos auf die Straße gegangen. Es waren die größten Proteste in dem Land seit Jahren. Das marokkanische Königshaus hat eine minutiöse Aufklärung des Unglücks angekündigt.

In Marokko berät ab kommender Woche der Weltklimagipfel. dpa/nd

NSU-Aufklärung: Vorwürfe an Merkel

Amnesty International kritisiert nicht eingehaltene Versprechen

Berlin. Amnesty International hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Aufarbeitung der Verbrechen des rechtsextremen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gebrochene Versprechen vorgeworfen. »In ihrer Trauerrede für die NSU-Opfer hat Bundeskanzlerin Angela Merkel 2012 eine vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes versprochen«, sagte Amnesty-Experte Alexander Bosch zum fünften Jahrestag des Auffliegens des NSU. Die Kernpunkte des NSU-Komplexes seien von der Politik und Polizei noch gar nicht genau betrachtet worden. »Und man gewinnt den Eindruck, dass sie nicht betrachtet werden sollen.«

Am Wochenende finden anlässlich des Jahrestags in Berlin und Zwickau Demonstrationen und deutschlandweit Aktionen statt. Die Organisatoren fordern die Aufarbeitung rechter Gewalt sowie eine Wiedergutmachung für Opfer und deren Angehörige. Die rechtsextreme Gruppe NSU war am 4. November 2011 nach einem jahrelangen Leben im Untergrund aufgefliegen. AFP/nd Seite 18

ISSN 0323-4940

